

**Antrag 64/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Hoch die internationale Solidarität für die Ukraine: Deutschlands Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Demokratie in der Ukraine**

1 Die Ukraine verteidigt seit dem russischen Angriffskrieg  
 2 nicht nur ihre eigene Souveränität, sondern auch die eu-  
 3 ropäische Friedensordnung. Ein zukünftiges Friedensab-  
 4 kommen kann nur Bestand haben, wenn es durch verläss-  
 5 liche Schutz- und Sicherheitsgarantien abgesichert ist.

6  
 7 Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung.  
 8 Historisch, weil die Ukraine während des Zweiten Welt-  
 9 kriegs unermessliches Leid durch deutsche Besatzung er-  
 10 fuhr. Politisch, weil Deutschland in den letzten Jahrzehn-  
 11 ten durch Entscheidungen wie die Blockade einer NATO-  
 12 Beitrittsperspektive 2008 und die energiepolitische Ab-  
 13 hängigkeit von Russland mit dazu beigetragen hat, dass  
 14 die Ukraine lange in einer sicherheitspolitischen Grauzo-  
 15 ne blieb.

16  
 17 Auch nach Beginn der Krim-Annexion 2014 hielt Deutsch-  
 18 land an Projekten wie Nord Stream 2 fest, trotz der War-  
 19 nungen osteuropäischer Partner\*innen. Diese Politik hat  
 20 Russlands Handlungsspielräume erweitert und die Sicher-  
 21 heitslage der Ukraine verschlechtert. Aus diesen Fehlern  
 22 erwächst eine moralische und politische Pflicht: Deutsch-  
 23 land darf sich nicht erneut zurückziehen, wenn es um die  
 24 Verteidigung europäischer Sicherheit und der Demokratie  
 25 geht.

26  
 27 Auch wir haben uns zur Zeitenwende bekannt. Die-  
 28 ses Bekenntnis muss den Anspruch einer langfristigen  
 29 sicherheits- und friedenspolitischen Verantwortung tra-  
 30 gen. Zur Zeitenwende gehört deshalb auch, die Ukraine  
 31 nicht nur in der akuten Verteidigung, sondern langfristig  
 32 abzusichern – politisch, finanziell und im Zweifel auch mi-  
 33 litärisch. Sicherheitsgarantien für die Ukraine sind damit  
 34 kein Bruch mit unseren Grundsätzen, sondern die conse-  
 35 quente Fortführung unserer Haltung: Internationale Soli-  
 36 darität und Verantwortung enden nicht am Tag eines Waf-  
 37 fenstillstands, sondern erst, wenn die Menschen in der  
 38 Ukraine dauerhaft in Frieden und Sicherheit leben kön-  
 39 nen.

40  
 41 Sicherheitsgarantien müssen glaubwürdig und umfas-  
 42 send sein. Die Friedens- und Sicherheitsforschung betont  
 43 zwei Kernanforderungen: Schutz vor erneuter Aggression  
 44 und Durchhaltefähigkeit im Fall eines brüchigen Waffen-  
 45 stillstands. Halbherzige Zusagen, wie das gescheiterte  
 46 Budapester Memorandum 1994, haben Russland nicht  
 47 abgehalten. Auch eine rein symbolische Präsenz ohne ein

Seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 verteidigt die  
 Ukraine nicht nur die eigene Souveränität und die eigenen  
 Bürger:innen gegen Russlands imperealistischen Angriffs-  
 krieg, sondern auch die europäische Friedensordnung. Ein  
 zukünftiges Friedensabkommen kann nur Bestand haben,  
 wenn es durch verlässliche Schutz- und Sicherheitsgaran-  
 tien abgesichert ist.

Deutschland trägt hier eine besondere Verantwortung.  
 Historisch, weil die Ukraine während des Zweiten Welt-  
 kriegs unermessliches Leid durch deutsche Besatzung er-  
 fuhr. Politisch, weil Deutschland in den letzten Jahrzehn-  
 ten durch Entscheidungen wie die Blockade einer NATO-  
 Beitrittsperspektive 2008 und die energiepolitische Ab-  
 hängigkeit von Russland mit dazu beigetragen hat, dass  
 die Ukraine lange in einer sicherheitspolitischen Grauzo-  
 ne blieb.

Auch nach Beginn der Krim-Annexion 2014 hielt Deutsch-  
 land an Projekten wie Nord Stream 2 fest, trotz der War-  
 nungen osteuropäischer Partner\*innen. Diese Politik hat  
 Russlands Handlungsspielräume erweitert und die Sicher-  
 heitslage der Ukraine verschlechtert. Aus diesen Fehlern  
 erwächst eine moralische und politische Pflicht: Deutsch-  
 land darf sich nicht erneut zurückziehen, wenn es um die  
 Verteidigung europäischer Sicherheit und der Demokratie  
 geht.

Auch wir haben uns zur Zeitenwende bekannt. Die-  
 ses Bekenntnis muss den Anspruch einer langfristigen  
 sicherheits- und friedenspolitischen Verantwortung tra-  
 gen. Zur Zeitenwende gehört deshalb auch, die Ukraine  
 nicht nur in der akuten Verteidigung, sondern langfristig  
 abzusichern – politisch, finanziell und im Zweifel auch mi-  
 litärisch. Sicherheitsgarantien für die Ukraine sind damit  
 kein Bruch mit unseren Grundsätzen, sondern die conse-  
 quente Fortführung unserer Haltung: Internationale Soli-  
 darität und Verantwortung enden nicht am Tag eines Waf-  
 fenstillstands.

Sicherheitsgarantien müssen glaubwürdig und umfas-  
 send sein. Die Friedens- und Sicherheitsforschung betont  
 zwei Kernanforderungen: Schutz vor erneuter Aggression  
 und Durchhaltefähigkeit im Fall eines brüchigen Waffen-  
 stillstands. Halbherzige Zusagen, wie das gescheiterte  
 Budapester Memorandum 1994, haben Russland nicht  
 abgehalten. Auch eine rein symbolische Präsenz ohne ein

48 klares Mandat würde Gefahr laufen, dass sie Russland  
49 dazu einlädt, erneut Grenzen auszutesten. Realistische  
50 Modelle setzen deshalb auf ein mehrschichtiges Siche-  
51 rungsdispositiv, das die ukrainische Eigenverteidigung  
52 stärkt, verlässliche Unterstützung organisiert und klare  
53 Reaktionsmechanismen definiert.

54

55 Gleichzeitig warnen Stimmen aus der Friedensforschung  
56 vor den Risiken: eine direkte Konfrontation zwischen  
57 NATO-Staaten und Russland könnte zu einer gefährlichen  
58 Eskalation führen, und Deutschland ist aktuell in seinen  
59 sicherheitspolitischen Kapazitäten stark belastet. Daraus  
60 folgt, dass eine glaubwürdige Garantie auf mehreren Sä-  
61 len stehen muss: der Befähigung der Ukraine, sich selbst  
62 zu schützen, langfristiger finanzieller Unterstützung, hu-  
63 manitären Hilfen und der Bereitschaft, im Rahmen klar-  
64 er völkerrechtlicher Grundlagen auch über eine mögli-  
65 che deutsche Beteiligung an internationalen Schutzmis-  
66 sionen zu sprechen.

67

68 Zu einer langfristigen Unterstützung der Ukraine gehört  
69 jedoch weit mehr als die Sicherung gegen militärische An-  
70 griffe. Ein nachhaltiger Frieden setzt auch auf Wiederauf-  
71 bau und gesellschaftliche Stabilität. Das bedeutet: zer-  
72 störte Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Kranken-  
73 häuser müssen neu errichtet werden, um den Menschen  
74 eine Perspektive zu geben. Ebenso braucht die Ukraine un-  
75 sere Unterstützung bei der Weiterentwicklung demokr-  
76 tischer Institutionen, beim Aufbau einer unabhängigen  
77 Justiz, beim Schutz von Minderheiten und beim Kampf ge-  
78 gen Korruption. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von  
79 Krieg, sondern auch die Garantie von sozialen Rechten,  
80 Bildung, Gesundheit und demokratischer Teilhabe. Des-  
81 halb muss Deutschland seine Verantwortung umfassend  
82 begreifen und auch in diesen Bereichen an der Seite der  
83 Ukraine stehen. Dieser nachhaltige Frieden bedeutet für  
84 uns auch, eine feministische Perspektive konsequent ein-  
85 zubeziehen. Eine feministische Außen- und Sicherheits-  
86 politik stellt den Schutz der Menschen vor Gewalt, Dis-  
87 kriminierung und Entrechtung in den Mittelpunkt und  
88 berücksichtigt dabei ebenfalls die Erfahrungen von Frau-  
89 en, queeren Personen und marginalisierten Gruppen in  
90 Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften. Sicherheitspolitik  
91 darf deshalb niemals eindimensional militärisch gedacht  
92 werden, sondern muss soziale, ökonomische und gesell-  
93 schaftliche Dimensionen ebenfalls umfassen.

94

95 Marginalisierte und systematisch benachteiligte Gruppen  
96 müssen an Friedensprozessen beteiligt werden, um ei-  
97 ne nachhaltige Sicherheit gewährleisten zu können. Der  
98 Wiederaufbau muss geschlechtergerecht gestaltet wer-  
99 den, Programme zum Schutz vor sexualisierter Gewalt  
100 als integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur an-

klares Mandat würde Gefahr laufen, dass sie Russland  
dazu einlädt, erneut Grenzen auszutesten. Realistische  
Modelle setzen deshalb auf ein mehrschichtiges Siche-  
rungsdispositiv, das die ukrainische Eigenverteidigung  
stärkt, verlässliche Unterstützung organisiert und klare  
Reaktionsmechanismen definiert.

Gleichzeitig warnen Stimmen aus der Friedensforschung  
vor den Risiken: eine direkte Konfrontation zwischen  
NATO-Staaten und Russland könnte zu einer gefährlichen  
Eskalation führen, und Deutschland ist aktuell in seinen  
sicherheitspolitischen Kapazitäten stark belastet. Daraus  
folgt, dass eine glaubwürdige Garantie auf mehreren Sä-  
len stehen muss: der Befähigung der Ukraine, sich selbst  
zu schützen, langfristiger finanzieller Unterstützung, hu-  
manitären Hilfen und der Bereitschaft, im Rahmen klar-  
er völkerrechtlicher Grundlagen auch über eine mögli-  
che deutsche Beteiligung an internationalen Schutzmis-  
sionen zu sprechen.

Zu einer langfristigen Unterstützung der Ukraine gehört  
jedoch weit mehr als die Sicherung gegen militärische An-  
griffe. Ein nachhaltiger Frieden setzt auch auf Wiederauf-  
bau und gesellschaftliche Stabilität. Das bedeutet: zer-  
störte Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Kranken-  
häuser müssen neu errichtet werden, um den Menschen  
eine Perspektive zu geben. Ebenso braucht die Ukraine un-  
sere Unterstützung bei der Weiterentwicklung demokr-  
tischer Institutionen, beim Aufbau einer unabhängigen  
Justiz, beim Schutz von Minderheiten und beim Kampf ge-  
gen Korruption. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von  
Krieg, sondern auch die Garantie von sozialen Rechten,  
Bildung, Gesundheit und demokratischer Teilhabe. Des-  
halb muss Deutschland seine Verantwortung umfassend  
begreifen und auch in diesen Bereichen an der Seite der  
Ukraine stehen. Dieser nachhaltige Frieden bedeutet für  
uns auch, eine feministische Perspektive konsequent ein-  
zubeziehen. Eine feministische Außen- und Sicherheits-  
politik stellt den Schutz der Menschen vor Gewalt, Dis-  
kriminierung und Entrechtung in den Mittelpunkt und  
berücksichtigt dabei ebenfalls die Erfahrungen von Frau-  
en, queeren Personen und marginalisierten Gruppen in  
Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften. Sicherheitspolitik  
darf deshalb niemals eindimensional militärisch gedacht  
werden, sondern muss soziale, ökonomische und gesell-  
schaftliche Dimensionen ebenfalls umfassen.

Marginalisierte und systematisch benachteiligte Gruppen  
müssen an Friedensprozessen beteiligt werden, um ei-  
ne nachhaltige Sicherheit gewährleisten zu können. Der  
Wiederaufbau muss geschlechtergerecht gestaltet wer-  
den, Programme zum Schutz vor sexualisierter Gewalt  
als integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur an-

erkannt werden. Ein feministisches Sicherheitsverständnis verbindet den Schutz marginalisierter und systematisch benachteiligter Gruppen in Kriegsgebieten mit einer intersektionale Perspektive, die Diskriminierungsformen zusammendenkt.

**Wir fordern daher:**

- einen mehrjährigen, haushaltsfesten Rahmen für eine umfassende sicherheits- und friedenspolitische Unterstützung der Ukraine, einschließlich Rüstung, Waffen, Ausbildung, Infrastrukturaufbau und humanitärer Hilfe;
- die Stärkung der ukrainischen Eigenverteidigung durch Ausrüstung, Ausbildung und verlässliche Nachschublinien;
- die Entwicklung eines Sicherheitsmodells für die Ukraine, das abgesicherte politische, finanzielle und verteidigungspolitische Unterstützung auf quasi-bündnisgleichem Niveau gewährleistet – bis ein NATO-Beitritt möglich wird – und das im Falle eines Friedensabkommens auch die Vorbereitung auf eine internationale Stabilisierungs- oder Schutzmission einschließt, bei der ein deutscher Beitrag vorgesehen wird, sofern er völkerrechtlich legitimiert, parlamentarisch beschlossen, in einem breiten multinationalen Rahmen verankert ist und die sicherheitspolitischen Kapazitäten Deutschlands berücksichtigt.
- die Nutzung eingefrorener russischer Vermögen für Wiederaufbau und Reparationen, flankiert von klaren Sanktionsmechanismen bei erneuter Aggression;
- die aktive Unterstützung des EU-Beitrittsprozesses der Ukraine und die mittelfristige Öffnung eines klaren Weges in die NATO;
- die langfristige Unterstützung des Wiederaufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Ukraine, insbesondere beim Wiederaufbau von Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern sowie bei der Förderung demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Teilhabe;
- die **dauerhafte Unterstützung der internationalen strafrechtlichen und völkerrechtlichen Verfolgung** von Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecher\*innen des russischen Angriffskriegs, u. a. durch Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, Förderung von Ermittlungs- und Dokumentationsstrukturen sowie Initiativen für Sondertribunale;
- den klaren Grundsatz, dass **mit diesem russischen Regime keine Handels- oder Wirtschaftsbeziehungen** wieder aufgenommen werden dürfen.

erkannt werden. Ein feministisches Sicherheitsverständnis verbindet den Schutz marginalisierter und systematisch benachteiligter Gruppen in Kriegsgebieten mit einer intersektionale Perspektive, die Diskriminierungsformen zusammendenkt.

**Wir fordern daher:**

- einen mehrjährigen, haushaltsfesten Rahmen für eine umfassende sicherheits- und friedenspolitische Unterstützung der Ukraine, einschließlich Rüstung, Waffen, Ausbildung, Infrastrukturaufbau und humanitärer Hilfe;
- die Stärkung der ukrainischen Eigenverteidigung durch Ausrüstung, Ausbildung und verlässliche Nachschublinien;
- Rüstungskoooperation mit ukrainischen Unternehmen und Investitionen;
- die Entwicklung eines Sicherheitsmodells für die Ukraine, das abgesicherte politische, finanzielle und verteidigungspolitische Unterstützung auf quasi-bündnisgleichem Niveau gewährleistet – bis ein NATO-Beitritt möglich wird – und das im Falle eines Friedensabkommens auch die Vorbereitung auf eine internationale Stabilisierungs- oder Schutzmission einschließt, bei der ein deutscher Beitrag vorgesehen wird, sofern er völkerrechtlich legitimiert, parlamentarisch beschlossen, in einem breiten multinationalen Rahmen verankert ist und die sicherheitspolitischen Kapazitäten Deutschlands berücksichtigt.
- die Nutzung eingefrorener russischer Vermögen für Wiederaufbau und Reparationen, flankiert von klaren Sanktionsmechanismen bei erneuter Aggression;
- die aktive Unterstützung des EU-Beitrittsprozesses der Ukraine und die mittelfristige Öffnung eines klaren Weges in die NATO;
- die langfristige Unterstützung des Wiederaufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung in der Ukraine, insbesondere beim Wiederaufbau von Infrastruktur, Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern sowie bei der Förderung demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Teilhabe;
- Schutz, Unterstützung und Weiterentwicklung von unabhängigen Institutionen der Demokratie- und Rechtsstaatsbildung, Knüpfung von Finanzhilfen an Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung;
- die **dauerhafte Unterstützung der internationalen strafrechtlichen und völkerrechtlichen Verfolgung** von Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecher\*innen des russischen Angriffskriegs, u. a. durch Zusammenarbeit mit dem Internationalen

154  
155  
156  
157  
158  
159

Strafgerichtshof, Förderung von Ermittlungs- und Dokumentationsstrukturen sowie Initiativen für Sondertribunale;

- den klaren Grundsatz, dass **mit diesem russischen Regime keine Handels- oder Wirtschaftsbeziehungen** wieder aufgenommen werden dürfen.